

# CDU-Chef Ingo Schmitt:

*„Wir wollen eine  
Unterrichtsgarantie  
statt 22 Millionen für  
die Einheitsschule.“*



# Wortbrecher Wowereit



**„Das ist wohl der schnellste Wortbruch der Berliner Geschichte“, stellt der Vorsitzende der CDU Berlin, Ingo Schmitt, zu den Plänen des Wowereit-Senats die Einheitsschule einzuführen, fest.**

Klaus Wowereit (SPD) hatte während des Wahlkampfes zum Abgeordnetenhaus immer wieder betont, er wolle beim Thema Einheitsschule keinen Kulturkampf. Zuletzt hatte der SPD-Politiker beim TV-Duell im RBB auf Nachfrage erklärt, dass er an diesem Thema auch die Neuaufgabe der rot-roten Koalition platzen lassen wolle.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Ingo Schmitt sieht eine

Parallele zum Ex-SPD-Parteivorsitzenden Müntefering, der öffentlich geklagt hatte, dass man die Politik nicht an ihren Wahlversprechen messen solle. Für besonders dreist hält Schmitt die Ausflüchte aus der SPD-Parteispitze. Dort verstehe man die Aufregung gar nicht, der Wunsch die Einheitsschule auf den Weg zu bringen, habe doch im Wahlprogramm gestanden, heißt es. Schmitt: „Solch eine Politik der gespaltenen Zunge auf dem Rücken unserer Kinder, werden die Menschen nicht vergessen.“ Der Senat will nun 22 Millionen für „freiwillige Pilotprojekte“ bereitstellen. „Bei dieser erheblichen Summe Gel-

des wird manche Schule dem Ruf der Silberlinge nicht widerstehen können. In Bildung zu investieren hieße stattdessen, mit dem Geld die von der CDU im Wahlkampf geforderte Unterrichtsgarantie auf den Weg zu bringen. Mit der genannten Summe hätte dies gelingen können zum Wohle aller Berliner Schülerinnen und Schüler und nicht nur zum Wohlerer, die ideologisch gewollt sind“, sagt der CDU-Politiker. Die Situation an den Berliner Schulen, so Schmitt, habe sich keinesfalls nach oder gar mit der Wahl gebessert. Nach den aufrüttelnden Ereignissen an der Rütli-Schule versuche der

rot-rote Senat stattdessen zum Alltagsgeschäft überzugehen. Als weitere aktuelle Probleme nennt Schmitt beispielhaft die zwangsweise Hortverlagerung in die Schulen, die mit Raum- sowie Personalproblemen ein-

der Menschen gelangen werde. Schmitt hegt eine letzte, wie er selbst sagt, allerdings kleine Hoffnung.

Schmitt: „An diesem Wochenende beraten die Parteitage von PDS und SPD über den

*„Womöglich gibt es aber noch Sozialdemokraten, die den Wortbruch Wowereits nicht durchgehen lassen.“*

hergehe und bei der eine sinnvolle Betreuung auf der Strecke bleibe sowie die Verdrängung des Religionsunterrichts durch Rot-Rot, welcher in diesem Schuljahr erst ins Bewusstsein

Koalitionsvertrag. Das Votum der PDS für die Einheitsschule ist sicher. Womöglich gibt es aber noch Sozialdemokraten, die den Wortbruch Wowereits nicht durchgehen lassen.“

## Nach Karlsruhe: Werben für Solidarität – nicht provozieren

**Zum Stand der Berliner Politik nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteilnimmt der CDU-Fraktionsvorsitzende Friedbert Pflüger in einem Namensartikel Stellung:**

Das Urteil von Karlsruhe war ein schwerer Schlag für Berlin. Richtig ist, dass das Urteil die besondere Lage Berlins, seine Geschichte, die beiden deutschen Diktaturen und den schwierigen Prozess der Überwindung der Einheit

nicht ausreichend gewürdigt hat. Die finanziellen Folgen der viel zu schnellen Reduzierung der Berlinhilfe und Berlinförderung Mitte der 90er Jahre durch den



Friedbert Pflüger rechnet nach dem Verfassungsgerichtsurteil mit dem Wowereit-Senat ab.

Bund konnten wir nicht allein bewältigen.

Andererseits hat das Urteil ganz eindeutig den rot-roten Senat unter dem Regierenden Bürgermeister Wowereit in die Verantwortung genommen. In der Urteilsverkündung zitierte der Verfassungsrichter den Wowereit-Slogan „Arm, aber sexy“. Dieser Satz sei von Verfassung wegen nicht zu beanstanden, so Hassemer. Zudem sei Berlin vielleicht deshalb

sexy, weil es doch nicht so arm sei. Dies kann nur als Demütigung an die Adresse Wowereits verstanden werden.

Fortsetzung auf Seite 8: